

Amtliche Mitteilungen der



Veröffentlichungsnummer: 13/2016

Veröffentlicht am: 04.02.2016

Der Fachbereichsrat des Fachbereichs Rechtswissenschaften hat gemäß § 44 Abs. 1 Hessisches Hochschulgesetz (HHG) in der Fassung vom 14. Dezember 2009 (GVBl. I Nr. 22/2009, S. 666), zuletzt geändert am 8. Oktober 2014 (GVBl. I Nr. 16/2014 S. 221), am 25. November 2015 die folgende Prüfungsordnung beschlossen:

Prüfungsordnung für den Studiengang „Aufbaustudiengang Grundzüge des deutschen Rechts“ mit dem Abschluss „Master of Laws (LL.M.)“ der Philipps-Universität Marburg vom 25. November 2015

I. ALLGEMEINES

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Ziele des Studiums
- § 3 Mastergrad

II. STUDIENBEZOGENE BESTIMMUNGEN

- § 4 Zugangsvoraussetzungen
- § 5 Studienberatung
- § 6 Studium: Aufbau, Inhalte, Verlaufsplan und Informationen
- § 7 Regelstudienzeit und Studienbeginn
- § 8 Studienaufenthalte im Ausland
- § 9 Strukturvariante des Studiengangs
- § 10 Module, Leistungspunkte und Definitionen
- § 11 Praxismodule und Profilmodule
- § 12 Modulanmeldung
- § 13 Zugang zu Wahlpflichtmodulen oder Lehrveranstaltungen mit begrenzten Teilnahmemöglichkeiten
- § 14 Studiengangübergreifende Modulverwendung
- § 15 Studienleistungen und Anwesenheitspflicht

III. PRÜFUNGSBEZOGENE BESTIMMUNGEN

- § 16 Prüfungsausschuss
- § 17 Aufgaben des Prüfungsausschusses und der Prüfungsverwaltung
- § 18 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer
- § 19 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen
- § 20 Modulliste sowie Modulhandbuch
- § 21 Prüfungsleistungen
- § 22 Prüfungsformen
- § 23 Masterarbeit
- § 24 Prüfungstermine und Prüfungsanmeldung
- § 25 Zeitliche Vorgaben zur Erbringung von Leistungen
- § 26 Familienförderung und Nachteilsausgleich
- § 27 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 28 Leistungsbewertung und Notenbildung
- § 29 Freiversuch
- § 30 Wiederholung von Prüfungen
- § 31 Verlust des Prüfungsanspruchs und endgültiges Nichtbestehen
- § 32 Ungültigkeit von Prüfungsleistungen

- § 33 Zeugnis
- § 34 Urkunde
- § 35 Diploma Supplement
- § 36 Transcript of Records und vollständiger Leistungsnachweis

IV. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- § 37 Einsicht in die Prüfungsunterlagen
- § 38 In-Kraft-Treten und Übergangsbestimmungen

ANLAGEN:

- Anlage 1: Exemplarischer Studienverlaufsplan
- Anlage 2: Modulliste

I. Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich

Diese Prüfungsordnung regelt ergänzend zu den Allgemeinen Bestimmungen für Masterstudiengänge an der Philipps-Universität Marburg vom 13. September 2010 (Amtliche Mitteilungen der Philipps-Universität Marburg, Nr. 52/2010) in der jeweils gültigen Fassung – nachfolgend Allgemeine Bestimmungen genannt – Ziele, Inhalte, Aufbau und Gliederung des Studiums sowie Anforderung und Verfahren der Prüfungsleistungen im Studiengang „Aufbaustudiengang Grundzüge des deutschen Rechts“ mit dem Abschluss „Master of Laws (LL.M.)“.

§ 2 Ziele des Studiums

Der Studiengang richtet sich an Studierende, die bereits Kenntnisse in einem rechtswissenschaftlichen Studium im Ausland erworben haben. Ihnen soll das deutsche Rechtssystem näher gebracht werden. Dabei erhalten sie nicht nur einen Einblick in die Materie, sondern sie können auch selbstständig ihren Schwerpunkt wählen. Ziel des Studiums ist die Vermittlung von Kenntnissen im deutschen Recht. Mit diesen Kenntnissen haben die Absolventinnen und Absolventen einen ersten Einstieg in die deutsche Rechtsmaterie. Mögliche Berufsfelder sind u.a. in Rechtsabteilungen nationaler und internationaler Unternehmen zu finden. Möglich sind auch Tätigkeiten im selbstständigen Umfeld oder bei NGOs. Darüber hinaus ist eine anschließende Promotion sowie eine Tätigkeit in wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen möglich.

§ 3 Mastergrad

(1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn in den verschiedenen Studienbereichen alle gemäß § 6 vorgesehenen Module bestanden sind.

(2) Nach erfolgreichem Abschluss des Studiums gemäß Abs.1 verleiht der Fachbereich Rechtswissenschaften den akademischen Grad „Master of Laws (LL.M.)“.

II. Studienbezogene Bestimmungen

§ 4 Zugangsvoraussetzungen

(1) Allgemeine Zugangsvoraussetzung für den Masterstudiengang ist der Nachweis des Abschlusses eines fachlich einschlägigen Bachelorstudienganges im Bereich Rechtswissenschaften / Jura an einer ausländischen Hochschule oder der Nachweis eines vergleichbaren ausländischen berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses. Der Abschluss an der Hochschule im Ausland muss vergleichbar zum Studium der Rechtswissenschaften in Deutschland sein. Dies ist regelmäßig gegeben, wenn der

Hochschulabschluss mindestens 240 LP umfasst. Liegt bei Bewerbungsschluss noch kein Abschlusszeugnis mit einer Gesamtnote vor, kann eine Einschreibung unter Vorbehalt erfolgen. Voraussetzung ist bei einem zugrunde liegenden Bachelorstudium mit einem Umfang von 240 Leistungspunkten, dass ein Nachweis über bestandene Modulprüfungen bzw. Modulteilprüfungen im Umfang von mindestens 80% der für den Bachelorabschluss erforderlichen Leistungspunkte erbracht wird. Der Nachweis muss eine Durchschnittsnote enthalten, die auf der Basis der benoteten Modulprüfungen und Modulteilprüfungen im Rahmen der nachgewiesenen 80% der für den Bachelorabschluss erforderlichen Leistungspunkte ermittelt worden ist. Eine Einschreibung kann nur unter dem Vorbehalt erfolgen, dass alle Studien- und Prüfungsleistungen des Bachelorstudiums vor Beginn des Masterstudiums (Stichtag: 31.03. bei Beginn des Masterstudiums zum Sommersemester bzw. Stichtag: 30.09. bei Beginn des Masterstudiums zum Wintersemester) erbracht worden sind und der Nachweis des Abschlusszeugnisses bis zum Ende des Vorlesungszeitraums des ersten Fachsemesters geführt wird.

(2) Über die Frage der fachlichen Einschlägigkeit des Vorstudiums i. S. des Abs. 1 entscheidet der Prüfungsausschuss (§ 16).

(3) Über die Frage der Vergleichbarkeit des Hochschulabschlusses i. S. des Abs. 1 entscheidet der Prüfungsausschuss (§ 16).

§ 5 Studienberatung

Die allgemeine Studienberatung erfolgt durch die zentrale allgemeine Studienberatung (ZAS) der Philipps-Universität Marburg. Die Fachstudienberatung wird in der Regel durch die Professorinnen und Professoren oder von beauftragten Personen wahrgenommen.

§ 6 Studium: Aufbau, Inhalte, Verlaufsplan und Informationen

(1) Der Masterstudiengang „Aufbaustudiengang Grundzüge des deutschen Rechts“ gliedert sich in die Studienbereiche Bereich 1: Einführungsbereich, Studienbereich 2: Vertiefungsbereich, Studienbereich 3: Rechtswissenschaftliches Seminar und Abschlussbereich.

(2) Der Studiengang besteht aus Modulen, die den verschiedenen Studienbereichen gemäß Abs. 1 zugeordnet sind. Aus den Zuordnungen der Module, dem Grad ihrer Verbindlichkeit sowie dem kalkulierten studentischen Arbeitsaufwand (workload) in Leistungspunkten (LP) ergibt sich folgender Studienaufbau:

	<i>Pflicht [PF] / Wahlpflicht [WP]</i>	<i>Leistungs- punkte</i>	<i>Erläuterung</i>
Studienbereich 1 (Einführungsbereich)		18	
<i>Einführung in deutsches Rechtssystem</i>	<i>PF</i>	6	
<i>Staatsrecht I</i>	<i>PF</i>	6	
<i>Einführung Zivilrecht</i>	<i>PF</i>	6	
Studienbereich 2 (Vertiefungsbereich)		18	
[Vertiefungsbereich Öffentliches Recht]			
<i>Staatsrecht II</i>	<i>WP</i>	6	3 aus 4
<i>Staatsrecht III</i>	<i>WP</i>	6	
<i>Verwaltungsrecht</i>	<i>WP</i>	6	
<i>Öffentliches Recht</i>	<i>WP</i>	6	

[Vertiefungsbereich Öffentliches Recht und Zivilrecht]			
<i>Öffentliches Recht und Schuldrecht</i>	<i>WP</i>	<i>6</i>	<i>3 aus 6</i>
<i>Staatsrecht II</i>	<i>WP</i>	<i>6</i>	
<i>Verwaltungsrecht</i>	<i>WP</i>	<i>6</i>	
<i>Öffentliches Recht</i>	<i>WP</i>	<i>6</i>	
<i>Schuldrecht I</i>	<i>WP</i>	<i>6</i>	
<i>Zivilrecht II</i>	<i>WP</i>	<i>6</i>	
[Vertiefungsbereich Zivilrecht]			
<i>Schuldrecht I</i>	<i>PF</i>	<i>6</i>	<i>3 aus 3</i>
<i>Schuldrecht II</i>	<i>PF</i>	<i>6</i>	
<i>Zivilrecht II</i>	<i>PF</i>	<i>6</i>	
[Vertiefungsbereich Strafrecht]			
<i>Strafrecht I</i>	<i>PF</i>	<i>6</i>	<i>3 aus 3</i>
<i>Strafrecht II</i>	<i>PF</i>	<i>6</i>	
<i>Strafrecht III</i>	<i>PF</i>	<i>6</i>	
Studienbereich 3 (Rechtswissenschaftliches Seminar)			
<i>Ausgewählte Themen der Rechtswissenschaft (Seminar)</i>	<i>PF</i>	<i>6</i>	
Abschlussbereich		18	
Mastermodul	PF	18	
Summe		60	

(3) Der Einführungsbereich soll einen Einstieg in das deutsche Rechtssystem geben. Neben der allgemeinen Einführung in das deutsche Recht, das speziell für Studierende mit einem Abschluss einer ausländischen Hochschule konzipiert ist, werden Grundlagen im Staats- und Zivilrecht (BGB AT) vermittelt.

(4) Der Vertiefungsbereich ermöglicht den Studierenden, ihren Schwerpunkt zu setzen. Die Vertiefungen werden in die Bereiche Öffentliches Recht, Öffentliches Recht und Zivilrecht, Zivilrecht und Strafrecht unterteilt. Sie vermitteln den Studierenden einen tieferen Einblick in das deutsche Recht. Sie können aus 11 Modulen 3 Module wählen, die jeweils das jeweilige Fachgebiet näher behandeln.

Zum Vertiefungsbereich Öffentliches Recht gehören die Module: Staatsrecht II, Staatsrecht III, Verwaltungsrecht und Öffentliches Recht.

Zum Vertiefungsbereich Öffentliches Recht und Zivilrecht gehören die Module: Staatsrecht II, Öffentliches Recht und Schuldrecht, Verwaltungsrecht, Öffentliches Recht, Schuldrecht I und Zivilrecht II.

Zum Vertiefungsbereich Zivilrecht gehören die Module: Schuldrecht I, Schuldrecht II und Zivilrecht II.

Zum Vertiefungsbereich Strafrecht gehören die Module: Strafrecht I, Strafrecht II und Strafrecht III.

Die Studierenden wählen im ersten Semester aus diesen Vertiefungsbereichen einen aus und wählen entsprechend aus dem Pool der Module entsprechend der Zuordnung 3 Module aus. Auf diese Weise können sich die Studierenden selbstständig auf ihr Haupt-Interessensgebiet spezialisieren.

(5) Der Studienbereich 3 vermittelt in einem kleinen Rahmen und meist diskussionsfreudiger Umgebung vertiefend spezielle Rechtsfragen, die wissenschaftlich bearbeitet werden. Das Seminar soll zum Bereich des Studenten / der Studentin passen, das dieser / diese als Vertiefungsbereich gewählt hat.

(6) Der Studiengang ist eher forschungsorientiert.

(7) Die beispielhafte Abfolge des modularisierten Studiums wird im Studienverlaufsplan (vgl. Anlage 1) dargestellt.

(8) Allgemeine Informationen und Regelungen in der jeweils aktuellen Form sind auf der studiengangbezogenen Webseite unter http://www.uni-marburg.de/fb01/studium/studiengaenge/master_postgradual/ hinterlegt. Dort sind insbesondere auch das Modulhandbuch und der Studienverlaufsplan einsehbar.

(9) Die Zuordnung der einzelnen Veranstaltungen zu den Modulen des Studiengangs ist aus dem Vorlesungsverzeichnis der Philipps-Universität Marburg, welches auf der Homepage der Universität zur Verfügung gestellt wird, ersichtlich.

§ 7 Regelstudienzeit und Studienbeginn

(1) Die Regelstudienzeit für den Masterstudiengang „Aufbaustudiengang Grundzüge des deutschen Rechts“ beträgt 2 Semester. Auf Grundlage dieser Prüfungsordnung stellt der Fachbereich ein Lehrangebot sicher, das es den Studierenden ermöglicht, alle zum Bestehen des Studiums notwendigen Leistungen einschließlich der Anfertigung der Abschlussarbeit in der Regelstudienzeit wahrzunehmen.

(2) Das Studium kann sowohl zum Winter- als auch zum Sommersemester aufgenommen werden.

§ 8 Studienaufenthalte im Ausland

Ein Studienaufenthalt im Ausland ist nicht vorgesehen.

§ 9 Strukturvariante des Studiengangs

Der Masterstudiengang „Aufbaustudiengang Grundzüge des deutschen Rechts“ entspricht der Strukturvariante eines „Ein-Fach-Studiengangs“.

§ 10 Module, Leistungspunkte und Definitionen

Es gelten die Regelungen des § 10 Allgemeine Bestimmungen.

§ 11 Praxismodule und Profilmodule

(1) Im Rahmen des Masterstudiengangs „Aufbaustudiengang Grundzüge des deutschen Rechts“ sind keine Praxismodule vorgesehen.

(2) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 11 Allgemeine Bestimmungen.

§ 12 Modulanmeldung

(1) Für Veranstaltungen ist im Einzelfall eine verbindliche Anmeldung erforderlich, soweit dies im Modulhandbuch angegeben ist.

(2) Das Anmeldeverfahren sowie die Anmeldefristen werden rechtzeitig auf der studiengangbezogenen Webseite gemäß § 6 Abs. 7 bekannt gegeben. Die Vergabe von Modul- oder Veranstaltungsplätzen erfolgt bei beschränkten Kapazitäten gemäß § 13 dieser Prüfungsordnung.

§ 13 Zugang zu Wahlpflichtmodulen oder Lehrveranstaltungen mit begrenzten Teilnahmemöglichkeiten

(1) Für Wahlpflichtmodule und Lehrveranstaltungen können durch Fachbereichsratsbeschluss Zulassungszahlen festgesetzt werden, sofern dies zur Durchführung eines geordneten Lehr- und Studienbetriebs und zur Erreichung des Ausbildungsziels zwingend erforderlich ist. Jede festgesetzte Teilnehmerzahl wird in geeigneter Weise rechtzeitig vor Beginn des Wahlpflichtmoduls oder der Lehrveranstaltung bekannt gegeben.

(2) Bei einem Wahlpflichtmodul oder einer Lehrveranstaltung mit begrenzter Kapazität besteht kein Anspruch auf die Teilnahme, sofern das Studium mindestens eines anderen dazu alternativen Wahlpflichtmoduls oder einer anderen Lehrveranstaltung offen steht.

(3) Übersteigt bei einem Wahlpflichtmodul oder einer Lehrveranstaltung die Zahl der Anmeldungen die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze, ist eine Auswahl zu treffen.

Die Auswahl wird durch Los getroffen.

In jedem Fall ist sicherzustellen, dass im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten vorab Härtefälle, insbesondere solche i. S. von § 26 Abs. 1 und 2, (Prioritätsgruppe 1) und Studierende mit besonderem Interesse an der Teilnahme (Prioritätsgruppe 2) berücksichtigt werden. Ein besonderes Interesse liegt dabei insbesondere bei denjenigen Studierenden vor,

- für die das Wahlpflichtmodul oder die Lehrveranstaltung aufgrund einer innerfachlichen Spezialisierung verpflichtend ist,
- die in einem vorangegangenen Semester trotz Anmeldung keinen Platz erhalten haben, obwohl der Studienverlaufsplan das Wahlpflichtmodul oder die Lehrveranstaltung vorsah,
- die ohne Erfolg an dem Wahlpflichtmodul oder der Lehrveranstaltung teilgenommen haben, wenn die nochmalige Teilnahme für die Wiederholungsprüfung zwingend ist.

Genügen im Einzelfall die vorhandenen Plätze nicht zur Berücksichtigung der beiden Prioritätsgruppen, sind Studierende der Prioritätsgruppe 1 vorrangig zuzulassen, innerhalb der Gruppen entscheidet dann jeweils das Los.

§ 14 Studiengangübergreifende Modulverwendung

Module, die sich in Angebot und Prüfungsregeln nach den Bestimmungen anderer Studienangebote richten („Importmodule“), sind nicht vorgesehen.

§ 15 Studienleistungen und Anwesenheitspflicht

Soweit dies in der Modulliste festgelegt ist, besteht für alle oder für bestimmte Veranstaltungen eines Moduls eine Anwesenheitspflicht. Die physische Präsenz von Studierenden („Anwesenheit“) in Lehrveranstaltungen gilt nicht als Studienleistung. Die regelmäßige Anwesenheit ist in diesem Falle die Voraussetzung für die Zulassung zur Modulprüfung bzw. für die Vergabe von Leistungspunkten. Die Anwesenheit ist in geeigneter Weise festzustellen. Soweit eine Anwesenheitspflicht vorgesehen ist, beträgt die maximal zulässige Fehlzeit 20 %. Bei darüber hinausgehenden Fehlzeiten kann der Prüfungsausschuss in Härtefällen die Möglichkeit einräumen, dass das Versäumte auf begründeten Antrag zum Beispiel durch Nachholen bestimmter Leistungen kompensiert werden kann.

Im Übrigen gilt § 15 Allgemeine Bestimmungen.

III. Prüfungsbezogene Bestimmungen

§ 16 Prüfungsausschuss

(1) Der Fachbereichsrat bestellt den Prüfungsausschuss.

(2) Dem Prüfungsausschuss gehören

1. drei Angehörige der Gruppe der Professorinnen und Professoren,
2. ein Mitglied der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und
3. ein Mitglied der Gruppe der Studierenden an.

Für jedes Mitglied soll ein stellvertretendes Mitglied gewählt werden.

(3) Die Amtszeit, den Vorsitz, die Beschlussfähigkeit und weitere Aspekte regelt § 16 Allgemeine Bestimmungen.

§ 17 Aufgaben des Prüfungsausschusses und der Prüfungsverwaltung

Es gelten die Regelungen des § 17 Allgemeine Bestimmungen.

§ 18 Prüferinnen und Prüfer sowie Beisitzerinnen und Beisitzer

Es gelten die Regelungen des § 18 Allgemeine Bestimmungen.

§ 19 Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen werden entsprechend der Lissabon Konvention bei Hochschul- und Studiengangswechsel innerhalb der Vertragsstaaten grundsätzlich angerechnet, soweit keine wesentlichen Unterschiede der erworbenen Kompetenzen festgestellt werden können.

Wesentliche Unterschiede im Sinne des Satzes 1 liegen insbesondere dann vor, wenn sich Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen in Qualifikationsziel, Umfang und Anforderungen wesentlich von dem betroffenen Studiengang der Philipps-Universität Marburg unterscheiden. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung unter besonderer Berücksichtigung der erreichten Qualifikationsziele vorzunehmen.

Für die Anrechnung gilt eine Beweislastumkehr. Kann die Hochschule den wesentlichen Unterschied nicht nachweisen, sind die Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen anzurechnen.

Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller ist verpflichtet zur Beurteilung ausreichende Informationen zur Verfügung zu stellen (Informationspflicht).

(2) In den übrigen Fällen (Hochschulwechsel aus Nicht-Vertragsstaaten) werden Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen an der Philipps-Universität Marburg angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt ist. Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten sowie Studien- und Prüfungsleistungen in Qualifikationsziel, Umfang und Anforderungen denjenigen des betreffenden Studiengangs an der Philipps-Universität Marburg im Wesentlichen entsprechen. Im Übrigen gilt Abs. 1 Satz 3.

(3) Für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien, für multimedial gestützte Studien- und Prüfungsleistungen sowie für Studien- und Prüfungsleistungen von Frühstudierenden gemäß § 54 Abs. 5 HHG gilt Absatz 1 entsprechend. Dies gilt auch für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen an anderen Bildungseinrichtungen, insbesondere an staatlichen oder staatlich anerkannten Berufsakademien; nachgewiesene gleichwertige Kompetenzen, die außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, können nur bis zur Hälfte der für den Studiengang vorgesehenen Leistungspunkte angerechnet werden.

(4) Werden Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und gemäß § 28 in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Den angerechneten Leistungen werden die Leistungspunkte zugerechnet, die in der Prüfungsordnung hierfür vorgesehen sind. Bei nicht vergleichbaren Notensystemen wird lediglich der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Angerechnete Leistungen werden im Zeugnis, im Transcript of Records und im vollständigen Leistungsnachweis als „anerkannt“ kenntlich gemacht.

(5) Die Antragstellerin bzw. der Antragsteller legt dem Prüfungsausschuss die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vor, aus denen die Bewertung, die Leistungspunkte und die Zeitpunkte sämtlicher Prüfungsleistungen hervorgehen, denen sie sich in einem anderen Studiengang oder an anderen Hochschulen bisher unterzogen hat. Aus den Unterlagen soll auch ersichtlich sein, welche Prüfungen und Studienleistungen nicht bestanden oder wiederholt wurden.

(6) Fehlversuche in Studiengängen an anderen Hochschulen werden angerechnet, sofern sie im Fall ihres Bestehens angerechnet worden wären.

(7) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 2 i. V. m. Abs. 4 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. Die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die in Deutschland erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen.

(8) Sofern Anrechnungen vorgenommen werden, können diese mit Auflagen zu nachzuholenden Studien- und Prüfungsleistungen verbunden werden. Auflagen und eventuelle Fristen zur Auflagenerfüllung sind der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller schriftlich mitzuteilen.

§ 20 Modulliste sowie Modulhandbuch

(1) Die Module, die im Rahmen des Studiengangs zu absolvieren sind, sind in der Modulliste (Anlage 2) zusammen gefasst. Die Art der Module, ihre Zuordnung auf die verschiedenen Bereiche des Studiengangs, Wahlmöglichkeiten zwischen Modulen und innerhalb von Modulen, die Voraussetzungen für die Teilnahme an den Modulen sowie die zu erwerbenden Leistungspunkte, die Prüfungsform, die Bewertung und die Kompetenzziele ergeben sich aus diesen Listen sowie aus § 6.

(2) Weitergehende Informationen mit ausführlichen Modulbeschreibungen werden in einem Modulhandbuch auf der Webseite des Studiengangs veröffentlicht.

§ 21 Prüfungsleistungen

Es gelten die Regelungen des § 21 Allgemeine Bestimmungen.

§ 22 Prüfungsformen

(1) Schriftliche Prüfungen erfolgen in der Form von

- Klausuren, die auch ganz oder teilweise als Antwort-Wahl-Prüfungen (Multiple-Choice Verfahren) durchgeführt werden können
- Hausarbeiten
- schriftlichen Ausarbeitungen
- Thesenpapieren
- der Masterarbeit

(2) Mündliche Prüfungen erfolgen in der Form von

- Einzelprüfungen
- Gruppenprüfungen
- Fachgesprächen
- Kolloquien
- Disputationen

(3) Weitere Prüfungsformen sind

- Seminarvorträge
- Referate
- Präsentationen

(4) Die Dauer der einzelnen Prüfungen ist jeweils in der Modulliste festgelegt.

(5) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 22 Allgemeine Bestimmungen.

§ 23 Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit (Abschlussarbeit) ist obligatorischer Bestandteil des Studiengangs. Sie bildet zusammen mit einem Kolloquium ein gemeinsames Abschlussmodul. Die Masterarbeit ist in deutscher Sprache anzufertigen.

(2) Die Masterarbeit ist eine Prüfungsarbeit, mit der die Kandidatin oder der Kandidat die Fähigkeit nachweisen soll, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein abgegrenztes Problem aus dem Gegenstandsbereich der Grundzüge des deutschen Rechts nach wissenschaftlichen Methoden selbstständig zu bearbeiten. Sie zielt darauf, dass die Kandidatin oder der Kandidat zeigt, sich vertieft mit der Materie des deutschen Rechts auseinandergesetzt zu haben. Sie oder er demonstriert damit, in diesem Bereich wissenschaftlich arbeiten zu können. Der Arbeitsumfang der Masterarbeit beträgt 15 Leistungspunkte. Das Abschlussmodul umfasst zusätzlich 3 Leistungspunkte des Kolloquiums.

(3) Die Masterarbeit ist als Einzelarbeit anzufertigen.

(4) Die Zulassung zur Masterarbeit setzt voraus, dass der Kandidat bzw. die Kandidatin mindestens die Module Staatsrecht I und Zivilrecht I abgeschlossen hat.

(5) Die Kandidatin bzw. der Kandidat schlägt eine Betreuerin oder einen Betreuer sowie eine prüfungsberechtigte Person als Erstgutachterin oder Erstgutachter für die Masterarbeit vor. Die Betreuerin bzw. der Betreuer sowie die Erstgutachterin bzw. der Erstgutachter können identische Personen sein. Die Vorschläge begründen keinen Anspruch. Die Erstgutachterin oder der Erstgutachter muss vom Prüfungsausschuss für die Begutachtung von Masterarbeiten bestellt werden. Das Thema der

Masterarbeit wird von der Erstgutachterin oder dem Erstgutachter dem Prüfungsausschuss vorgelegt und vom Prüfungsausschuss vergeben. Findet die Kandidatin bzw. der Kandidat keine Betreuerin bzw. keinen Betreuer und keine Erstgutachterin bzw. keinen Erstgutachter, so bestimmt die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Betreuerin bzw. den Betreuer und die Erstgutachterin bzw. den Erstgutachter und sorgt dafür, dass rechtzeitig ein Thema für die Masterarbeit ausgegeben wird. Für die Zweitgutachterin bzw. den Zweitgutachter besteht kein Vorschlagsrecht.

(6) Der Gesamtzeitraum, der zur Bearbeitung der Masterarbeit zur Verfügung gestellt wird, beträgt 3 Monate. Das Thema der Abschlussarbeit muss so beschaffen sein, dass es innerhalb dieser Frist bearbeitet werden kann. Eine Verlängerung der Bearbeitungszeit um höchstens 20% (z. B. wegen unvorhergesehener Probleme bei der Literatur- oder Datenbeschaffung) ist auf begründeten Antrag der Kandidatin oder des Kandidaten möglich; sie führt nicht zur Vergabe zusätzlicher Leistungspunkte. Die Bearbeitungszeit beginnt mit der Themenausgabe; der Ausgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Die Themenausgabe soll so rechtzeitig erfolgen, dass auch im Falle der Gewährung einer Verlängerung der Bearbeitungszeit keine Studienzeiterverlängerung eintritt.

(7) Die Masterarbeit ist fristgemäß beim Prüfungsausschuss oder einer von ihm benannten Stelle in 3 gedruckten Exemplaren sowie in digitaler Form nach den Vorgaben des Prüfungsausschusses abzugeben. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen. Bei der Abgabe hat die Kandidatin bzw. der Kandidat schriftlich zu versichern, dass sie oder er die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Wird die Masterarbeit nicht fristgerecht abgegeben, gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (0 Punkte) gemäß § 28 Abs. 2 bewertet.

(8) Die Masterarbeit ist nicht bestanden, wenn die Gesamtbewertung nicht mindestens 5 Punkte („ausreichend“) gemäß § 28 Abs. 2; lautet; sie kann einmal wiederholt werden. Das Kolloquium im Rahmen des Abschlussmoduls kann ebenfalls einmal wiederholt werden. Der Prüfungsausschuss sorgt dafür, dass die Kandidatin oder der Kandidat innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntgabe des Nichtbestehens ein neues Thema erhält. Eine Rückgabe des Themas innerhalb der in Abs. 7 Satz 1 Allgemeine Bestimmungen genannten Frist ist nur zulässig, wenn die Kandidatin bzw. der Kandidat bei der ersten Anfertigung der Masterarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat. Eine zweite Wiederholung der Masterarbeit ist ausgeschlossen.

(9) Ein Notenausgleich für eine nicht bestandene Masterarbeit ist nicht zulässig. Ein Notenausgleich für ein nicht bestandenes Kolloquium im Rahmen des Abschlussmoduls ist ebenfalls ausgeschlossen.

(10) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 23 Allgemeine Bestimmungen.

§ 24 Prüfungstermine und Prüfungsanmeldung

(1) Der Prüfungsausschuss gibt im Vorlesungsverzeichnis die Zeiträume der Prüfungen und der Wiederholungsprüfungen bekannt. Termine für Klausuren und andere Prüfungstermine, die für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Moduls gleichermaßen gültig sind, werden ebenfalls im Vorlesungsverzeichnis bekannt

gegeben. Individuell zu vereinbarende Prüfungstermine (wie z. B. Referate) werden im Vorlesungsverzeichnis mit dem Hinweis „n. V.“ bekannt gegeben.

(2) Prüfungen finden im Rahmen der jeweiligen Modulveranstaltungen oder im unmittelbaren Anschluss daran statt. Finden Prüfungen im Anschluss an Modulveranstaltungen statt, so sollen sie i. d. R. in einem zwei- bis dreiwöchigen Prüfungszeitraum zum Ende der Vorlesungszeit oder zu Beginn bzw. zum Ende der nachfolgenden vorlesungsfreien Zeit angeboten werden. Klausuren sollen i. d. R. am selben Wochentag und zur selben Uhrzeit stattfinden, an denen eine entsprechende Modulveranstaltung stattfindet. Die Prüferin oder der Prüfer soll die Anfertigung von Prüfungsarbeiten, wie z. B. Hausarbeiten auch für die vorlesungsfreie Zeit vorsehen.

(3) Für die Wiederholung der Prüfungen ist der erste Wiederholungstermin so festzusetzen, dass bei erfolgreicher Teilnahme das fortlaufende Studium im folgenden Semester gewährleistet ist.

(4) Zur Teilnahme an einer Prüfung ist eine verbindliche Anmeldung erforderlich. Der Prüfungsausschuss gibt die Fristen und die Form der Anmeldung spätestens 4 Wochen vor Beginn des Anmeldezeitraums in geeigneter Weise bekannt. Die Zulassung zur Prüfung ist zu versagen, wenn die Anmeldefrist nicht eingehalten wird oder wenn Zulassungsvoraussetzungen nicht erfüllt sind.

(5) Eine verbindliche Prüfungsanmeldung kann ohne die Angabe von Gründen zurückgezogen werden, sofern dies innerhalb der vom Prüfungsausschuss dafür festgelegten Frist erfolgt. Diese Fristen sowie die Form der Abmeldung wird gemeinsam mit den entsprechenden Regelungen zur Anmeldung bekannt gegeben.

§ 25 Zeitliche Vorgaben zur Erbringung von Leistungen

Es sind keine Fristen für die Erbringung bestimmter Leistungen vorgesehen.

§ 26 Familienförderung und Nachteilsausgleich

(1) In Veranstaltungen und Prüfungen ist Rücksicht zu nehmen auf Belastungen durch Schwangerschaft und die Erziehung von Kindern, durch die Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen sowie durch eine Behinderung oder chronische Erkrankung der oder des Studierenden. Die Art und Schwere der Belastung ist durch die oder den Studierenden rechtzeitig gegenüber der oder dem Veranstaltungsverantwortlichen bzw. der Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses (Prüfungsbüro) mit geeigneten Unterlagen nachzuweisen. In Zweifelsfällen entscheidet der Prüfungsausschuss auf schriftlichen Antrag. Der Prüfungsausschuss kann in Krankheitsfällen ein amtsärztliches Attest verlangen. Die Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen und der Fristen der Elternzeit ist zu ermöglichen.

(2) Macht eine Studierende oder ein Studierender glaubhaft, dass sie oder er wegen einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, der Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen, einer Schwangerschaft oder der Erziehung von Kindern nicht in der Lage ist, die Prüfungsleistung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, gleicht der Prüfungsausschuss durch entsprechende Maßnahmen, wie zum Beispiel eine Verlängerung der Bearbeitungszeit oder eine andere Gestaltung des Prüfungsverfahrens, diesen Nachteil aus.

(3) Sofern die Prüfungsordnung Fristen für die Erbringung bestimmter Leistungen gemäß § 25 vorsieht, werden diese auf Antrag um die gesetzlichen

Mutterschutzfristen und die Fristen der Elternzeit verlängert. Auf Antrag kann weiterhin auch eine angemessene Verlängerung der Fristen gewährt werden, wenn nachgewiesene Belastungen gemäß Abs. 1 vorliegen.

§ 27 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als „nicht ausreichend“ (0 Punkte) gemäß § 28 Abs. 2, wenn die Kandidatin oder der Kandidat einen für sie oder ihn bindenden Prüfungstermin ohne triftigen Grund versäumt oder wenn sie oder er von einer Prüfung, zu der bereits angetreten wurde, ohne triftigen Grund zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Der für das Versäumnis oder den Rücktritt geltend gemachte Grund muss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit ist eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Versucht die Kandidatin oder der Kandidat, das Ergebnis von Prüfungsleistungen durch Täuschung oder nicht zugelassene Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als „nicht ausreichend“ (0 Punkte) gemäß § 28 Abs. 2. Eine Kandidatin oder ein Kandidat, die oder der den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann von der jeweils prüfenden oder aufsichtführenden Person von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die Prüfung ebenfalls als „nicht ausreichend“ (0 Punkte) gemäß § 28 Abs. 2. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die Kandidatin oder den Kandidaten von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen, so dass der Prüfungsanspruch im Studiengang erlischt.

(4) Entscheidungen gemäß Abs. 1 bis 3 sind der Kandidatin oder dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 28 Leistungsbewertung und Notenbildung

Es gelten die Regelungen des § 28 Allgemeine Bestimmungen.

§ 29 Freiversuch

Ein Freiversuch ist nicht vorgesehen.

§ 30 Wiederholung von Prüfungen

(1) Bestandene Prüfungen können nicht wiederholt werden.

(2) Nicht bestandene Prüfungen können zweimal wiederholt werden.

(3) Ein einmaliger Wechsel eines endgültig nicht bestandenen Wahlpflichtmoduls ist zulässig.

(4) § 23 Abs. 8 Sätze 1 und 2 (Masterarbeit und Kolloquium) sowie § 21 Abs. 3 Satz 3 Allgemeine Bestimmungen (ausgeglichene Modulteilprüfungen) bleiben unberührt.

§ 31 Verlust des Prüfungsanspruchs und endgültiges Nichtbestehen

(1) Der Prüfungsanspruch in dem Studiengang, für den die oder der Studierende eingeschrieben ist, geht insbesondere endgültig verloren, wenn

1. eine Prüfung nach Ausschöpfen aller Wiederholungsversuche nicht bestanden ist, es sei denn, es handelt sich um eine Prüfung in einem Modul gemäß § 30 Abs. 3
2. ein schwerwiegender Täuschungsfall gemäß § 27 Abs. 3 Satz 3 vorliegt

(2) Über das endgültige Nichtbestehen und den damit verbundenen Verlust des Prüfungsanspruchs wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist.

§ 32 Ungültigkeit von Prüfungsleistungen

Es gelten die Regelungen des § 32 Allgemeine Bestimmungen.

§ 33 Zeugnis

(1) Die Studienbereiche gemäß § 6 werden im Zeugnis mit der Bewertung des Bereichs gemäß § 28 Abs. 6 Allgemeine Bestimmungen in Punkten und als numerische Note ausgewiesen.

(2) Im Übrigen gelten die Regelungen des § 33 Allgemeine Bestimmungen.

§ 34 Urkunde

Es gelten die Regelungen des § 34 Allgemeine Bestimmungen.

§ 35 Diploma Supplement

Es gelten die Regelungen des § 35 Allgemeine Bestimmungen.

§ 36 Transcript of Records und vollständiger Leistungsnachweis

Es gelten die Regelungen des § 36 Allgemeine Bestimmungen.

IV. Schlussbestimmungen

§ 37 Einsicht in die Prüfungsunterlagen

Es gelten die Regelungen des § 37 Allgemeine Bestimmungen.

§ 38 In-Kraft-Treten und Übergangsbestimmungen

(1) Diese Ordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Mitteilungen der Philipps-Universität Marburg in Kraft. Gleichzeitig tritt die Prüfungsordnung für den Studiengang Aufbaustudiengang für Studenten mit ausländischem Studienabschluss mit dem Abschluss Magister legum vom 13. Juni 1990 außer Kraft.

(2) Diese Prüfungsordnung gilt für alle Studierenden, die ihr Studium ab dem Wintersemester 16/17 aufnehmen.

(3) Studierende, die das Studium vor Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung aufgenommen haben, können die Magisterprüfung nach der Prüfungsordnung vom 13. Juni 1990 bis spätestens zum Sommersemester 2018 ablegen. Der Prüfungsausschuss kann für diese Übergangszeit Regelungen erlassen, die einen

freiwilligen Wechsel auf diese Prüfungsordnung begünstigen. Der Wechsel auf diese Prüfungsordnung ist schriftlich zu beantragen und unwiderruflich.

Marburg, den 03.02.2016

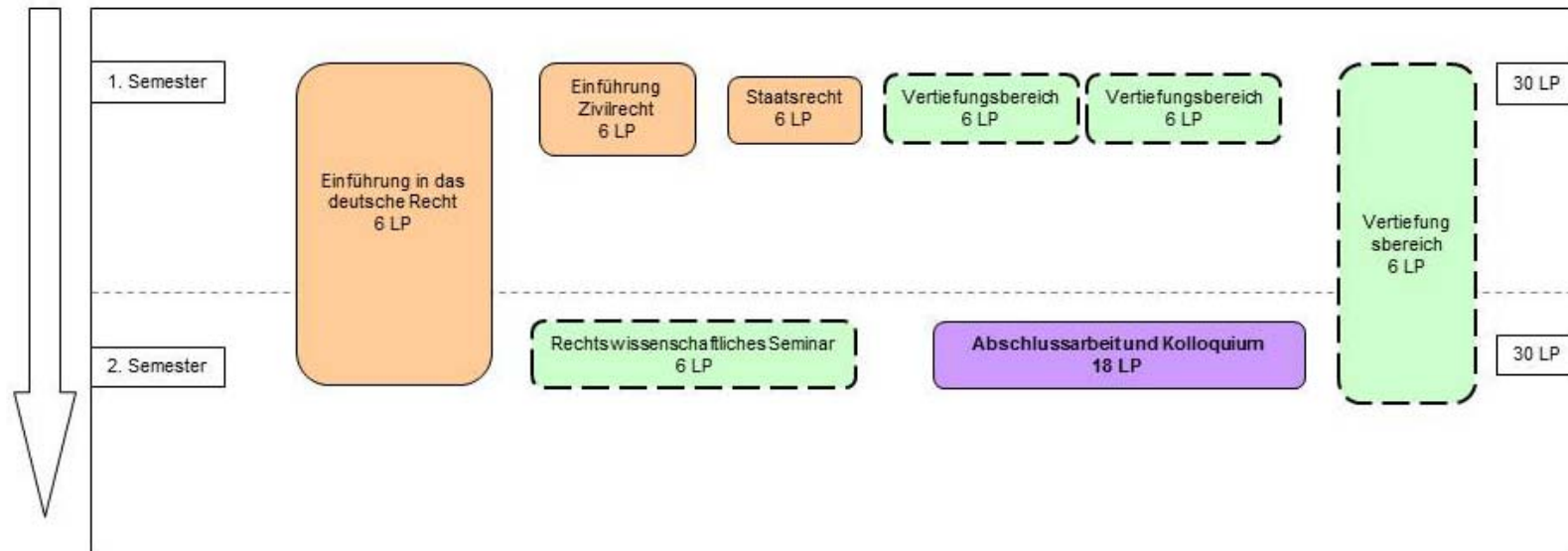
gez.

Prof. Dr. Müller-Franken
Dekan des Fachbereichs Rechtswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg

In Kraft getreten am: 05.02.2016

Anlage 1: Exemplarischer Studienverlaufsplan

Studienverlaufsplan



Legende

	Basis	Aufbau	Vertiefung	Profil	Praxis	Abschluss
Pflichtmodule:						
	Basis	Aufbau	Vertiefung	Profil	Praxis	
Wahlpflichtmodule:						
	Basis	Aufbau	Vertiefung	Profil	Praxis	

Anlage 2: Modulliste Aufbaustudiengang Grundzüge des deutschen Rechts

Modulbezeichnung <i>Englischer Modultitel</i>	LP	Verpflichtungs- grad	Niveau- stufe	Qualifikationsziele	Voraussetzungen für die Teilnahme	Voraussetzungen für die Vergabe von LP
Einführung in das deutsche Rechtssystem <i>Introduction to the German Law</i>	6	Pflicht	Basis	Der Student / Die Studentin kennt die Grundlagen des deutschen Rechtssystems. Er / Sie hat die Fertigkeit, aufbauend auf dem gelernten Stoff, das Rechtssystem als Gesamtkomplex zu verstehen. Er / Sie beherrscht die systematische Anwendung der für das deutsche Recht notwendigen Methodik.	keine	Zwei Modulteilprüfungen: - Klausur (120 Minuten) oder Mündliche Prüfung (Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 – 20 Minuten) oder Schriftliche Ausarbeitung (15 - 20 Seiten, 4 Wochen) (3 LP) UND - Klausur (120 Minuten) oder Mündliche Prüfung (Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 – 20 Minuten) oder Schriftliche Ausarbeitung (15 - 20 Seiten, 4 Wochen) (3 LP)
Staatsrecht I <i>Constitutional Law I</i>	6	Pflicht	Basis	Der Student / Die Studentin kennt Grundzüge des deutschen Grundgesetzes.	keine	Modulprüfung Klausur (120 Minuten)

				<p>Aus diesen Kenntnissen heraus versteht er / sie die Grundlage für das deutsche Rechtssystem.</p> <p>Er / Sie kann die Regelungen aus dem Grundgesetz verstehen und systematisch anwenden.</p>		<p>Oder</p> <p>Mündliche Prüfung (Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 – 20 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Hausarbeit (15 - 20 Seiten, 4 Wochen)</p> <p>Die Bewertung erfolgt gemäß § 28 (3) der Allgemeinen Bestimmungen.</p>
<p>Zivilrecht <i>Civil Law I</i></p>	6	Pflicht	Basis	<p>Der Student / Die Studentin kennt die Systematik und die Grundzüge des deutschen Zivilrechts, am Beispiel des Allgemeinen Teils des BGBs. Er / Sie kennt insbesondere die Besonderheit des Abstraktionsprinzips.</p> <p>Aus diesen Kenntnissen heraus kann er / sie einfache Sachverhalte unter Anwendung des BGBs lösen.</p> <p>Er / Sie kann die Systematik auf andere Bereiche des deutschen Rechts anwenden.</p>	keine	<p>Modulprüfung</p> <p>Klausur (120 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Mündliche Prüfung (Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 – 20 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Hausarbeit (15 - 20 Seiten, 4 Wochen)</p> <p>Die Bewertung erfolgt gemäß § 28 (3) der Allgemeinen Bestimmungen.</p>
<p>Schuldrecht I <i>Law of Obligations I</i></p>	6	Wahlpflicht	Basis	<p>Der Student / Die Studentin vertieft die Kenntnisse im Bereich des Zivilrechts.</p> <p>Er / Sie kann etwas komplexere Sachverhalte aus dem Bereich des allgemeinen Teils des Schuldrechts unter Anwendung der Gesetzestexte</p>	keine	<p>Modulprüfung</p> <p>Klausur (120 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Mündliche Prüfung</p>

				lösen. Er / Sie überträgt die gelernte Systematik auf ihm / ihr unbekannte Rechtsgebiete.		(Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 – 20 Minuten) Oder Hausarbeit (15 - 20 Seiten, 4 Wochen) Die Bewertung erfolgt gemäß § 28 (3) der Allgemeinen Bestimmungen.
Staatsrecht II <i>Constitutional Law II</i>	6	Wahlpflicht	Vertiefung	Der Student / Die Studentin vertieft die Kenntnisse im Bereich des Staatsrechts. Er / Sie kann etwas komplexere Sachverhalte aus diesen Bereichen unter Anwendung der Gesetzestexte lösen. Er / Sie überträgt die gelernte Systematik auf ihm / ihr unbekannte Rechtsgebiete.	keine	Modulprüfung Klausur (120 Minuten) Oder Mündliche Prüfung (Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 – 20 Minuten) Oder Hausarbeit (15 - 20 Seiten, 4 Wochen) Die Bewertung erfolgt gemäß § 28 (3) der Allgemeinen Bestimmungen.
Öffentliches Recht und Schuldrecht <i>Public Law and Law of Obligation</i>	6	Wahlpflicht	Vertiefung	Der Student / Die Studentin vertieft die Kenntnisse im Bereich des öffentlichen Rechts und des Zivilrechts. Er / Sie kann etwas komplexere Sachverhalte aus diesen Bereichen unter Anwendung der Gesetzestexte lösen.	keine	Modulprüfung Klausur (120 Minuten) Oder Mündliche Prüfung (Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 –

				Er / Sie überträgt die gelernte Systematik auf ihm / ihr unbekannte Rechtsgebiete.		20 Minuten) Oder Hausarbeit (15 - 20 Seiten, 4 Wochen) Die Bewertung erfolgt gemäß § 28 (3) der Allgemeinen Bestimmungen.
Staatsrecht III <i>Constitutional Law II</i>	6	Wahlpflicht	Vertiefung	Der Student / Die Studentin vertieft die Kenntnisse im Bereich des Verfassungsrechts. Er / Sie kann etwas komplexere Sachverhalte aus diesem Bereich unter Anwendung der Gesetzestexte lösen. Er / Sie überträgt die gelernte Systematik auf ihm / ihr unbekannte Rechtsgebiete.	keine	Modulprüfung Klausur (120 Minuten) Oder Mündliche Prüfung (Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 – 20 Minuten) Oder Hausarbeit (15 - 20 Seiten, 4 Wochen) Die Bewertung erfolgt gemäß § 28 (3) der Allgemeinen Bestimmungen.
Schuldrecht II <i>Law of Obligation II</i>	6	Wahlpflicht	Vertiefung	Der Student / Die Studentin vertieft die Kenntnisse im Bereich des Schuldrechts. Er / Sie kann etwas komplexere Sachverhalte aus diesem Bereich unter Anwendung der Gesetzestexte lösen. Er / Sie überträgt die gelernte Systematik auf ihm / ihr unbekannte Rechtsgebiete.	keine	Modulprüfung Klausur (120 Minuten) Oder Mündliche Prüfung (Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 – 20 Minuten)

						<p>Oder</p> <p>Hausarbeit (15 - 20 Seiten, 4 Wochen)</p> <p>Die Bewertung erfolgt gemäß § 28 (3) der Allgemeinen Bestimmungen.</p>
<p>Zivilrecht II <i>Civil Law II</i></p>	6	Wahlpflicht	Vertiefung	<p>Der Student / Die Studentin vertieft die Kenntnisse im Bereich des Zivilrechts.</p> <p>Er / Sie kann etwas komplexere Sachverhalte aus diesem Bereich unter Anwendung der Gesetzestexte lösen.</p> <p>Er / Sie überträgt die gelernte Systematik auf ihm / ihr unbekannte Rechtsgebiete.</p>	keine	<p>Modulprüfung</p> <p>Klausur (120 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Mündliche Prüfung (Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 – 20 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Hausarbeit (15 - 20 Seiten, 4 Wochen)</p> <p>Die Bewertung erfolgt gemäß § 28 (3) der Allgemeinen Bestimmungen.</p>
<p>Strafrecht I <i>Criminal Law I</i></p>	6	Wahlpflicht	Basis	<p>Der Student / Die Studentin erlangt erste Kenntnisse im Bereich des deutschen Strafrechts.</p> <p>Er / Sie kann Sachverhalte aus diesem Bereich unter Anwendung der Gesetzestexte lösen.</p>	keine	<p>Modulprüfung</p> <p>Klausur (120 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Mündliche Prüfung (Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 – 20 Minuten)</p> <p>Oder</p>

						<p>Hausarbeit (15 - 20 Seiten, 4 Wochen)</p> <p>Die Bewertung erfolgt gemäß § 28 (3) der Allgemeinen Bestimmungen.</p>
<p>Strafrecht II <i>Criminal Law II</i></p>	6	Wahlpflicht	Vertiefung	<p>Der Student / Die Studentin vertieft Kenntnisse im Bereich des Strafrechts, insbesondere im Bereich Straftaten gegen Persönlichkeits- und Gemeinschaftswerte.</p> <p>Er / Sie kann etwas komplexere Sachverhalte aus diesem Bereich unter Anwendung der Gesetzestexte lösen.</p> <p>Er / Sie überträgt die gelernte Systematik auf ihm / ihr unbekannte Rechtsgebiete.</p>	Keine, der Besuch von Strafrecht I wird empfohlen.	<p>Modulprüfung</p> <p>Klausur (120 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Mündliche Prüfung (Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 – 20 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Hausarbeit (15 - 20 Seiten, 4 Wochen)</p> <p>Die Bewertung erfolgt gemäß § 28 (3) der Allgemeinen Bestimmungen.</p>
<p>Strafrecht III <i>Criminal Law III</i></p>	6	Wahlpflicht	Vertiefung	<p>Der Student / Die Studentin vertieft Kenntnisse im Bereich des Strafrechts, insbesondere im Bereich Straftaten gegen Vermögenswerte.</p> <p>Er / Sie kann etwas komplexere Sachverhalte aus diesem Bereich unter Anwendung der Gesetzestexte lösen.</p> <p>Er / Sie überträgt die gelernte Systematik auf ihm / ihr unbekannte Rechtsgebiete.</p>	Keine, der Besuch von Strafrecht I wird empfohlen.	<p>Modulprüfung</p> <p>Klausur (120 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Mündliche Prüfung (Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 – 20 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Hausarbeit (15 - 20 Seiten, 4 Wochen)</p>

						Die Bewertung erfolgt gemäß § 28 (3) der Allgemeinen Bestimmungen.
Verwaltungsrecht <i>Administrative Law</i>	6	Wahlpflicht	Basis	<p>Der Student / Die Studentin vertieft die Kenntnisse im Bereich des öffentlichen Rechts. Er erlangt erste Kenntnisse im Verwaltungsrecht.</p> <p>Er / Sie kann etwas komplexere Sachverhalte aus diesem Bereich unter Anwendung der Gesetzestexte lösen.</p> <p>Er / Sie überträgt die gelernte Systematik auf ihm / ihr unbekannte Rechtsgebiete.</p>	keine	<p>Modulprüfung</p> <p>Klausur (120 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Mündliche Prüfung (Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 – 20 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Hausarbeit (15 - 20 Seiten, 4 Wochen)</p> <p>Die Bewertung erfolgt gemäß § 28 (3) der Allgemeinen Bestimmungen.</p>
Öffentliches Recht <i>Public Law</i>	6	Wahlpflicht	Vertiefung	<p>Der Student / Die Studentin vertieft die Kenntnisse im Bereich des öffentlichen Rechts.</p> <p>Er / Sie kann etwas komplexere Sachverhalte aus diesem Bereich unter Anwendung der Gesetzestexte lösen.</p> <p>Er / Sie überträgt die gelernte Systematik auf ihm / ihr unbekannte Rechtsgebiete.</p>	keine	<p>Modulprüfung</p> <p>Klausur (120 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Mündliche Prüfung (Gruppenprüfung 30 – 40 Minuten oder Einzelprüfung 15 – 20 Minuten)</p> <p>Oder</p> <p>Hausarbeit (15 - 20 Seiten, 4 Wochen)</p> <p>Die Bewertung erfolgt gemäß §</p>

						28 (3) der Allgemeinen Bestimmungen.
Ausgewählte Themen der Rechtswissenschaft (Seminar) <i>Selected Topics in Law (Seminar)</i>	6	Pflicht	Vertiefung	<p>Der Student / Die Studentin vertieft die Kenntnisse im gewählten Vertiefungsbereich.</p> <p>Er / Sie kann etwas komplexere Sachverhalte aus diesem Bereich unter Anwendung der Gesetzestexte lösen.</p> <p>Er / Sie überträgt die gelernte Systematik auf ihm / ihr unbekannte Rechtsgebiete.</p> <p>Er / Sie kann wissenschaftlich ein Thema vertieft behandeln.</p> <p>Er / Sie kann wissenschaftlich recherchieren, die Ergebnisse zusammentragen und verständlich formulieren.</p> <p>In einer wissenschaftlichen Diskussion kann er / sie seine / ihre Ergebnisse verteidigen und einen eigenen Standpunkt vertreten.</p>	Keine	<p>1. Anwesenheitspflicht in den einzelnen Veranstaltungen</p> <p>2. Modulprüfung</p> <p>Schriftliche Ausarbeitung Studienleistung: Referat mit Präsentation</p>
Mastermodul <i>Master-Thesis and Defensio</i>	18	Pflicht	Abschlussmodul	<p>In der Masterarbeit sollen die Absolventinnen und Absolventen nachweisen, dass sie in der Lage sind, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein komplexeres Problem aus den Themenbereichen des Studiengangs selbstständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.</p> <p>Vor der abschließenden Bewertung der Masterarbeit findet auf Einladung der Themenstellerin bzw. des Themenstellers eine Disputation mit der oder dem Studierenden zur Verteidigung ihrer bzw. seiner Masterarbeit statt.</p>	Erfolgreiche Teilnahme an den Modulen Einführung Staatsrecht und Einführung Zivilrecht	<p>Modulprüfung:</p> <p>Selbststudium unter Anleitung und Disputation Anfertigung der Masterarbeit (15 LP) Verteidigung (3 LP)</p>